

Antrag

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Martin Dolzer, Dr. Carola Ensslen, Stephan Jersch, Cansu Özdemir,
Christiane Schneider, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Würdigung der Novemberrevolution 1918/1919 und ihrer Protagonisten/
-innen**

In den vergangenen Monaten ist deutschlandweit, aber auch in Hamburg einer der bedeutendsten Ereignisfolgen des 20. Jahrhunderts intensiv gedacht worden: der Novemberrevolution 1918 und ihren Auswirkungen. Alleine in Hamburg haben mehrere Veranstaltungsreihen stattgefunden. Es gab Rundgänge, Lesungen, Theaterdarbietungen und Chorrevuen, das Museum für Hamburgische Geschichte präsentierte eine sehenswerte, wenn auch sicherlich noch unzureichende Ausstellung. Auch die ereignis- und regionalspezifische Forschung hat einen enormen Auftrieb genommen und so viele Publikationen erbracht, wie in den ganzen Jahrzehnten zuvor nicht.

Dabei handelt es sich bei den Ereignissen 1918/1919 um einen in dieser Form und auch Größenordnung einmaligen Akt. Die gewaltige Bewegung von Hunderttausenden Menschen in allen Gebieten des damaligen Deutschen Reiches fetzte nicht nur die morsche, reaktionäre Monarchie hinweg, sie trug auch ihren maßgeblichen Teil zur Beendigung des grausamen Ersten Weltkrieges bei. Zudem erprobten die Arbeiter- und Soldatenmassen auch in Hamburg neue Formen der Machtausübung, verankerten das Frauenwahlrecht, den Acht-Stunden-Tag, die betriebliche Interessenvertretung und viele andere Rechte, die – mit all ihren Halbheiten und personellen Kontinuitäten – letztlich in der ersten deutschen Republik mündeten. Über die Bedeutung und Auswirkungen der damaligen Geschehnisse, ob die Revolution gelungen, gescheitert oder unvollendet ist, wird weiter zu streiten sein, aber unzweifelhaft ist, dass die Novemberrevolution am Anfang republikanisch-demokratischer Verhältnisse in Deutschland und eben auch in Hamburg steht. Dafür mag exemplarisch nicht zuletzt die Wahl zur ersten Hamburgischen Bürgerschaft am 16. März 1919 stehen.

Abgesehen davon, dass die Novemberrevolution über Jahrzehnte in der hamburgischen Erinnerungskultur ein Schattendasein führte, fällt insbesondere im Rathaus ins Auge, dass die demokratischen Umbrüche 1918/1919 so gar keinen Niederschlag gefunden haben – bis auf eine höchst fragwürdige Gedenktafel zur Erinnerung an umgekommene Freikorpsmänner in der Rathausdiele. Geradezu omnipotent dominieren in der Gestaltung der Säle allegorische, teilweise nationalistisch aufgeladene Gemälde und das Bürger- und Kaufmannstum; der zweitgrößte Saal ist ausgerechnet einem deutschen Kaiser gewidmet. Die Arbeiter-/innenbewegung dagegen kommt im Hamburger Rathaus bis auf die Opfer des NS-Regimes de facto nicht vor.

Ein Jahrhundert nach der Novemberrevolution ist es an der Zeit einen neuen Geist ins Hamburger Rathaus wehen zu lassen, die Gesamtgestaltung zu überdenken, durchaus auch alte Bärte abzuschneiden und die demokratische Erinnerungskultur – ganz im Sinne des ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Gustav Heinemann – zu vertiefen und optisch hervorzukehren.

Wir begreifen die nachfolgenden Petita als Impuls, als Ausgangspunkt für eine länger währenden Debatte darüber, was in Hamburgs wichtigstem Gebäude der Demokratie

für erinnerungswert gehalten und gestaltet wird. Diese Diskussion sollte sich nicht auf die Bürgerschaft und ihre Ausschüsse beschränken, sondern zu einer intensiveren Auseinandersetzung auf gesamthamburgischer Ebene führen.

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

1. Es wird eine Arbeitsgruppe aus Parlamentariern/-innen und weiteren Experten/-innen (Historikern/-innen unter anderen) gebildet, die diese Diskussion hinsichtlich der folgenden Forderungen führt. Diese Arbeitsgruppe arbeitet mit dem Ziel, nach einem angemessenen Zeitraum dem Parlament einen Vorschlag zur Realisierung der demokratischen Erinnerungskultur zu unterbreiten.
 - a. Der Kaisersaal wird in Republikanischer Saal umbenannt. Über die weitere Umgestaltung dieses Raumes wird zu diskutieren sein.
 - b. An geeigneter, das heißt gut sichtbarer Stelle, also in der Rathausdiele, wird ein Porträt von Dr. Heinrich Laufenberg (1872 bis 1932), des Vorsitzenden des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats von November 1918 bis Januar 1919, angebracht.
 - c. Am damaligen Sitzungssaal des Arbeiter- und Soldatenrates im Rathaus wird eine informative Gedenktafel über dessen Wirken installiert. Besondere Erwähnung sollten dabei Gertrud Rast, geboren Graeser (1897 bis 1993), die Sekretärin Laufenbergs, sowie Erna Halbe, geboren Demuth (1892 bis 1983), die einzige Frau im dreißigköpfigen Arbeiter- beziehungsweise sechzigköpfigen Arbeiter- und Soldatenrat, finden.
 - d. Im Plenarsaal wird eine Gedenktafel für Helene Lange (1848 bis 1930) angebracht, die als Alterspräsidentin am 26. März 1919 die erste demokratisch gewählte Hamburgische Bürgerschaft eröffnete.
 - e. Die in der Rathausdiele hängende Gedenktafel für die im Rahmen der „Sülzeunruhen“ 1919 ums Leben gekommenen Angehörigen von Freiwilligen- und Freikorpsverbänden ist hinsichtlich ihrer Aussage und des Verschweigens von mindestens 80 durch Reichswehr- und Freikorpseinheiten umgebrachten zivilen Personen kritisch zu überprüfen. Kurzfristig soll wenigstens eine ergänzende Tafel mit den nötigen Zusatzinformationen angebracht werden.
 - f. Über die nötige geschichtsbewusste Umgestaltung in Teilen des Rathauses und vor allem im Hinblick auf die Frage, wie in historischen beziehungsweise stark historisierenden Räumen stärker demokratische Akzente gesetzt werden können, wird eine Experten-/innenanhörung durchgeführt. Dazu sollen insbesondere auch Personen aus Städten eingeladen werden, deren Rathäuser oder andere offizielle Gebäude in vorbildlicher oder anregender Weise „demokratisiert“ worden sind.
 - g. Die einschlägigen Institutionen der Freien und Hansestadt Hamburg – das Rathaus selbst, das Hamburgische Staatsarchiv, das Museum für Hamburgische Geschichte und so weiter – werden gebeten, nach der roten Fahne Ausschau zu halten, die von November 1918 bis Ende März 1919 das Rathaus zierte. Sollte sie tatsächlich aufgefunden werden, ist sie in einer Vitrine in der Rathausdiele samt informativer Erläuterung zu präsentieren.
 - h. Die vom Rathaus angebotenen, offiziellen Führungen durch das Gebäude werden einer Prüfung unterzogen, inwieweit die mitgeteilten Informationen den demokratischen Umbrüchen insbesondere (seit) 1918/1919 Rechnung tragen. Auch ohne bisher völlig fehlende Hinweise, Gedenktafeln zur Revolution und anderen demokratischen Ereignissen, Personen und Bewegungen ist darauf in Zukunft zu achten, dass letztere Punkte angemessen Erwähnung finden. Bei der „Ausbildung“ der Rundgangsführer/-innen ist ein Schwergewicht auf die demokratischen Traditionen zu legen, auch wenn oder gerade weil bisher dazu im Rathaus kaum etwas zu sehen ist.

- i. Die mit der Aufarbeitung und Dokumentation der hamburgischen Geschichte betrauten Institutionen werden aufgefordert, die Forschung zur Novemberrevolution und ihren Protagonisten/-innen zu vertiefen und dafür einen würdigen Erinnerungsort zu schaffen. Dafür sind zunächst in den kommenden fünf Jahren auskömmliche Mittel bereitzustellen, nicht zuletzt für die interessierten Geschichtswerkstätten, die in den Stadtteilen die damalige „Geschichte von unten“ aufarbeiten wollen.
- j. Die Schulbehörde wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit ein begrenzter Geschichtswettbewerb Hamburger Schüler/-innen in Verbindung mit ihren Lehrern/-innen dafür begeistern kann, die Geschehnisse zwischen 1914 und 1919 in ihrer eigenen (Schul-)Umgebung aufzuarbeiten und zu dokumentieren.